



Resolution der IG Metall-Bezirkskonferenz Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 6. September 2026

„Industrielle Zukunft jetzt – Arbeitsplätze sichern, Transformation gestalten, Demokratie stärken“

Industrie ist das Fundament unserer Gesellschaft

Sachsen-Anhalt ist ein Industrieland – und das ist kein Zufall, sondern Ergebnis jahrzehntelanger Arbeit. Die Metall- und Elektroindustrie, der Maschinen- und Anlagenbau, die Chemieindustrie, die Stahl- und Energiewirtschaft: Sie alle haben Wohlstand ermöglicht, Familien ernährt und Kommunen handlungsfähig gehalten. Diese Grundlage steht unter Druck wie seit dem Wiederaufbau nicht mehr. Globale Konkurrenz, geopolitische Spannungen, explodierende Energiekosten und ein struktureller Wandel, der schneller kommt als politische Antworten – das alles trifft unsere Betriebe mit voller Wucht.

Was in Berlin entschieden wird, hallt in Harzgerode wider. Was in Brüssel reguliert wird, landet an dem Werkstor in Bitterfeld. Industrie und Sozialstaat sind zwei Seiten derselben Medaille. Ohne industrielle Wertschöpfung verliert der Sozialstaat seine finanzielle Basis. Ohne soziale Sicherheit verlieren die Menschen die Kraft und die Bereitschaft, den Wandel zu tragen. Wer beides gleichzeitig schwächt – die Industrie durch Unterlassen und den Sozialstaat durch Kürzungen – legt die Axt an den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Verantwortung von Unternehmen und Politik: Wichtiger denn je!

Vertrauen in staatliche und wirtschaftliche Institutionen entsteht nicht durch Erklärungen – es entsteht durch Handeln. Wenn Betriebe schließen, ohne dass Alternativen geprüft wurden; wenn Auftragsvergaben großer Konzerne mittelständische Zulieferer in die Insolvenz treiben; wenn Transformationsprozesse über die Köpfe der Beschäftigten hinweg entschieden werden – dann ist das nicht nur wirtschaftlich kurzsichtig. Es ist gesellschaftlich gefährlich. Wer jahrelang von dem Können seiner Belegschaft profitiert hat, ist in der Pflicht, auch in schwierigen Zeiten Perspektiven zu schaffen – und nicht einfach abzuziehen.

Dasselbe gilt für die Politik. Wer industriellen Substanzverlust hinnimmt, Sozialleistungen kürzt und gleichzeitig keine überzeugende Antwort auf die Fragen der Beschäftigten hat, schafft ein Vakuum. Die Geschichte zeigt: Wo wirtschaftliche Sicherheit fehlt und politische Glaubwürdigkeit schwindet, gedeihen Ressentiments, Misstrauen und Feindbilder. Gute Arbeit, faire Löhne und ein starker Sozialstaat sind der beste Schutz vor politischer Verlockung durch Vereinfacher und Spalter. Wer Arbeitsplätze sichert, Perspektiven schafft und Menschen mit Würde behandelt, entzieht dem Extremismus den Nährboden.

Industrieller Wandel: Nur mit Investitionen, nicht mit Absichtserklärungen!

Die Metall- und Elektroindustrie, die Automobilzulieferindustrie, der Maschinen- und Anlagenbau und viele andere Industrien in Sachsen-Anhalt stehen am Scheideweg. Ohne massive öffentliche Investitionen in Elektrolyseinfrastruktur, Pipelineanbindung und Fachkräftequalifizierung wird aus Transformation Stilllegung. Hohe Fertigungskompetenz allein reicht nicht – ohne Investitionen in Digitalisierung, neue Produktionssysteme und die nächste Technologiegeneration verliert auch der beste Standort seinen Vorsprung. Die IG Metall sagt klar: Sachsen-Anhalt braucht keine Schaufensterprojekte, sondern eine flächendeckende, verbindliche Industriepolitik mit Ziel, Zeitplan und Geld.

Tarifbindung und Mitbestimmung: Grundbedingung, keine Verhandlungsmasse!

Gute Industriepolitik und schlechte Arbeitsbedingungen schließen einander aus. Investitionen, die Tarifbindung unterlaufen, Beschäftigte entrenchen oder Mitbestimmung aushöhlen, sind keine Zukunftsinvestitionen – sie sind Wettbewerbsverzerrung auf Kosten der Beschäftigten. Öffentliche Fördermittel dürfen nur dort fließen, wo Tarifbindung, Mitbestimmung und Beschäftigungssicherung gewährleistet sind. Betriebe mit starker Mitbestimmung sind resilienter, innovativer und krisenbeständiger.

Unsere Forderungen: Konkret. Verbindlich. Jetzt.

Die IG Metall fordert von Unternehmen, Landesregierung, Bundesregierung und europäischer Politik:

1. Industrie und Standorte

- ▶ Industrieplan Sachsen-Anhalt jetzt: Eine verbindliche industriepolitische Gesamtstrategie mit konkreten Investitionszielen, Branchenstrategien und Zeitachsen für Automobilzulieferer, Chemie, Stahl sowie Maschinen- und Anlagenbau.
- ▶ Landeseigene Transformations- und Beteiligungsfonds einrichten, um Schlüsselprojekte abzusichern, öffentliche Beteiligungen zu ermöglichen und klare Bedingungen an Standortbindung, Beschäftigungssicherung, Tarifbindung und Mitbestimmung zu knüpfen.
- ▶ Transformationsfonds für kriselnde Zulieferbetriebe: Brückenfinanzierungen, Restrukturierungsbegleitung und Neuausrichtung müssen möglich sein – bevor die Insolvenz eingesetzt hat, nicht danach.
- ▶ Öffentliche Beschaffung als Industriepolitik begreifen: Infrastrukturprojekte, Bauvorhaben und öffentliche Investitionen müssen klimafreundliche und regional produzierte Grundstoffe bevorzugen.
- ▶ Local Content-Strategie verbindlich verankern: Fördermittel und Auftragsvergaben müssen an nachweisbare regionale Wertschöpfung geknüpft werden.
- ▶ Ansiedlungsoffensive für Zukunftsindustrien: Batteriezellfertigung, Wasserstofftechnologie, Kreislaufwirtschaft, Robotik, Softwarekompetenz.
- ▶ Genehmigungsverfahren radikal beschleunigen: Digitale Verfahren, klare Fristenregelungen und personell gestärkte Planungs- und Genehmigungsbehörden sind unerlässlich.
- ▶ Keine Subventionen für Unternehmen, die gleichzeitig Arbeitsplätze abbauen, Standorte verlagern oder Tarifverträge unterlaufen.

2. Energie – bezahlbar, zuverlässig, klimaneutral

- ▶ Wettbewerbsfähigen Industriestrompreis einführen: Maximal 5 ct/kWh für energieintensive Betriebe in der Transformationsphase.
- ▶ Gezielte Übergangsmechanismen zur Abfederung steigender Energie- und CO₂-Kosten während der Transformationsphase.
- ▶ Faire und planbare Netzentgeltstrukturen für kleine und mittlere Industriebetriebe, die keine Großabnehmer-Sonderkonditionen erhalten.
- ▶ Netzanschlussleistungen verbindlich absichern: Für größere Industriestandorte müssen zusätzliche Kapazitäten von mindestens 50–60 Megawatt planerisch gesichert sein.
- ▶ Strom- und Wasserstoffnetze mit klaren Zeitachsen ausbauen: Transparente Zuständigkeiten, koordinierte Genehmigungsprozesse und ausreichend Flächen für Wind-, Photovoltaik- und Speicherprojekte sicherstellen.
- ▶ Sachsen-Anhalts Stromüberschuss strategisch nutzen: Das Land erzeugt mehr erneuerbaren Strom als es verbraucht. Diese strukturelle Stärke muss durch gezielte Industriepolitik in einen Wettbewerbsvorteil verwandelt werden.
- ▶ Verlässliche CO₂-Roadmaps gemeinsam mit der Industrie entwickeln: Planungssicherheit ist ein Standortfaktor.

3. Arbeitsplätze und Qualifizierung

- ▶ Präventive Beschäftigungssicherung statt nachträgliche Krisenverwaltung: Strukturwandel darf politisch nicht erst ankommen, wenn Entlassungswellen rollen.
- ▶ Landesweites Job-to-Job-Netzwerk aufbauen: Qualifikationen im Land halten, indem frühzeitig Übergänge zwischen Betrieben organisiert werden – bevor Kündigungen ausgesprochen sind.
- ▶ Brachliegende Arbeitsmarktpotenziale heben: Menschen mit Behinderungen in den ersten Arbeitsmarkt integrieren, ausländische Fachkräfte, Frauen und junge Menschen aktivieren, berufliche Orientierung an Schulen ausbauen.

- ▶ Gesetzliches Recht auf Weiterbildung für alle Beschäftigten – mit Freistellung, Einkommensabsicherung und klarer Finanzierungsverantwortung von Unternehmen und Land.
- ▶ Qualifizierungsgeld zu einem echten Transformationsinstrument ausbauen: Höhere Ansätze, längere Laufzeiten, weniger Bürokratie. Wer Qualifizierung blockiert, darf keine Fördermittel empfangen.
- ▶ Tariflich abgesicherte Weiterbildungsansprüche in Transformationsbranchen verankern: Qualifizierung darf keine Gunst des Arbeitgebers sein, sondern muss einklagbares Recht werden.
- ▶ Regionale Qualifizierungszentren in den industriellen Kernen Sachsen-Anhalts aufbauen für eine praxisnahe Weiterbildung.

4. Bildung und Fachkräfte

- ▶ Landesweiten Ausbildungsfonds einrichten zur strukturellen Absicherung der dualen Ausbildung.
- ▶ Berufsschulen als Kompetenzzentren für industrielle Transformation entwickeln: Sanierung, Modernisierung, personelle Stärkung und digitale Ausstattung aller berufsbildenden Schulen bis 2030.
- ▶ Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen in Sachsen-Anhalt, Azubi-Mindestvergütung konsequent durchsetzen.
- ▶ Gezielte Förderung junger Menschen ohne Schulabschluss oder in belasteten Lebenslagen – durch enge Verzahnung von Schul-, Berufsvorbereitungs- und Ausbildungsangeboten.
- ▶ Beschleunigte Anerkennungsverfahren für ausländische Berufsabschlüsse.
- ▶ Hochschulen als Innovationsmotor: Kooperationen zwischen Universitäten, Fachhochschulen und Industriebetrieben in Sachsen-Anhalt systematisch fördern.

5. Sozialstaat – Fundament, nicht Verhandlungsmasse

- ▶ Keine Kürzungen bei Sozialleistungen, kein Moratorium beim Sozialstaat: Wer Menschen Veränderungen abverlangt, muss ihnen soziale Sicherheit garantieren.
- ▶ Die gesetzliche Rente als zentralen Bestandteil für ein menschenwürdiges Leben im Ruhestand absichern.
- ▶ Kranken- und Pflegeversicherung solidarisch finanzieren: Alle Einkommensarten an der Finanzierung des Gesundheitswesens beteiligen.
- ▶ Wohngeld, Mobilitätsunterstützung und Weiterbildungsprämien als aktive Instrumente: Wer für eine neue Stelle umziehen oder sich qualifizieren muss, darf daran nicht aus finanziellen Gründen scheitern.
- ▶ Kommunen handlungsfähig halten: Ohne ausreichende Finanzausstattung gibt es keine Kindergarten-, Schul-, Kulturangebote – und damit keine lebendigen Regionen, in denen Menschen bleiben wollen.

6. Tarifbindung und Mitbestimmung

- ▶ Öffentliche Aufträge und Fördermittel konsequent an Tarifbindung, Mitbestimmung, Ausbildung und langfristige Standortperspektiven knüpfen – keine Ausnahmen, keine Ausweichkonstruktionen. Die Aufweichung des Tariftreue- und Vergabegesetzes rückgängig machen.
- ▶ Tarifbindungsquote in Sachsen-Anhalt erhöhen: Eine aktive Allianz mit Kammern und Verbänden bilden – mit dem Ziel, die Quote bis 2030 spürbar zu steigern.
- ▶ Mitbestimmung ausbauen: Betriebsräte brauchen echtes Mitspracherecht bei Standortentscheidungen, Digitalisierungsvorhaben, Klimastrategien und Qualifizierungsplanung – nicht nur ein Informationsrecht, das häufig zu spät kommt.
- ▶ SE-Tricks und Mitbestimmungsflüchte schließen: Wer durch Unternehmensumwandlung Mitbestimmungsrechte aushöhlt, muss klare gesetzliche Schranken spüren. Mitbestimmung ist nicht verhandelbar.
- ▶ Öffentlich-rechtliches Zugangsrecht für Gewerkschaften auch im digitalen Raum: Wer Beschäftigte informieren und organisieren will, darf nicht an digitalen Werkstören scheitern.

Gute Arbeit, ein starker Sozialstaat und gesellschaftlicher Zusammenhalt gehören zusammen. Sie sind nicht das Ergebnis bloßer Umstände – sie sind das Ergebnis politischer Entscheidungen und gewerkschaftlichen Kampfes.

Die IG Metall wird auf allen Ebenen dafür kämpfen, dass Industriearbeit Zukunft hat: in den Betrieben, gegenüber der Politik, in der Öffentlichkeit. Entschlossen. Solidarisch. Laut.

Magdeburg, 18. Juni 2026